

# MITTLINKS September 2/10

Schlaglichter auf  
einige »Baustellen«  
der bezirklichen Arbeit  
in Hamburg-Mitte

**DIE LINKE.**

Fraktion in der  
Bezirksversammlung HH-Mitte



**Hartz IV**  
Verfassungs-  
widrig?  
Was folgt aus  
dem Urteil des  
Verfassungs-  
gerichts?

**Liebe Leserin, lieber Leser,**



etwas später als gedacht kommt hier nun die vierte Ausgabe unserer Fraktionsbroschüre.

Wir haben die „Sommerpause“ genutzt, um wesentliche Punkte zum ersten Halbjahr 2010 aufzuschreiben. Unterdessen hat sich Herr von Beust nicht ganz überraschend in die Dauerpause zurückgezogen und der bisherige, rechtslastige Innensenator Ahlhaus hat die Herzen seiner grünen Koalitionspartner im Sturm erobert. Interessant, was das gemeinsame Interesse an der Macht so alles bewirken kann.

Für uns allerdings ändert sich wenig. Rot-Grün in Mitte macht keine wirklich andere Politik als Schwarz-Grün im Senat – und ob der ehemalige Innensenator und Arbeitsminister Scholz, Wegbereiter von Hartz IV, prekärer Arbeitsverhältnisse und Niedriglöhnen, als Erster Bürgermeister – womöglich noch mit einem Innensenator Dressel – ein Gewinn für Hamburgs Menschen wäre, lässt sich füglich bezweifeln. Die Aufforderung von Altbürgermeister Voschrau, Die LINKE. möge doch Herrn Scholz mal eben zum Bürgermeister wählen, fanden wir jedenfalls nur begrenzt lustig – wir wollen den Politikwechsel, nicht einfach den Austausch von Köpfen.

In diesem Heft berichten wir über kleine Erfolge in Sachen Hartz IV, Bürgerbeteiligung ohne Bürger und einige andere Merkwürdigkeiten. Klar bleibt: Kritische Opposition auch im Bezirk ist notwendig – und die leistet Die LINKE.

Ich wünsche eine interessante Lektüre,

mit freundlichem Gruß,

**Bernhard Stietz-Leipnitz**

Abgeordneter aus St. Georg, Fraktionsvorsitzender

## Inhalt

Kein Verkauf öffentlichen Grundes .....3 Von Renate Hercher-Reis	Frühkindliche Bildung - quo vadis? .....14 Von Sandra Clemens
Horner Doppelrennbahn (vorerst) gestoppt .....5 Von Sandra Clemens	Hartz IV bleibt weiterhin Thema.....16 Von Olaf Harms
»Musik-Hall« goes REAL? .....7 Von Markus Schneider-Johnen	Keine „Trinkräume“ in Mitte .....18 Von Olaf Harms
Biotope weichen „Umweltbehörde“ .....9 Von Jörg v. Prondzinski	Atomtransporte - nein danke! .....19 Von Manfred Schubert
Amt übt kreative Sprache .....11 Von Rudolf Sergel	Ruf zum Sport.....21 Von Joachim Ringelnatz
Was macht eigentlich - der Ausschuss für Schule, Kita, Sport?.....11 Von Sandra Clemens	Wer macht was? .....22

Kein Verkauf öffentlichen Grundes

## Endlich Schluss mit dem Verscherbeln von Hamburger Grund und Boden....

das wollte unsere Fraktion mit einem Antrag an die Bezirksversammlung im Juni durchsetzen. Der Rückkauf des Gängeviertels, die Auseinandersetzungen um das Katharinenquartier, die Proteste und Widerstände der Bürgerinnen und Bürger um den Rothenburgsorter Marktplatz und diverse weitere Vorhaben im Zuge der IBA in Wilhelmsburg, z.B. das Bauvorhaben ums Hauland, um nur einige Beispiele zu nennen, ermunterten uns, hier endlich Forderungen im Sinne der Bürgerinnen und Bürger zu stellen.

4 Natürlich war uns klar, dass der Vorschlag, diese Flächen nur noch auf Pachtbasis, ähnlich der Erbpacht an Privatmenschen, an Investoren zu vergeben, abgelehnt werden würde. Die Begründung war dann aber doch gewöhnungsbedürftig. Der Stadt Hamburg sei es rechtlich nicht möglich, so vorzugehen. Es wurde der Begriff „Pacht“ in den Mittelpunkt der Diskussion gestellt und uns vorgeworfen, dass wir uns eben verwaltungsrechtlich nicht genügend auskennen würden.

Fest steht jedoch, dass diese Verkäufe in den allermeisten Fällen zu Ungunsten der Hamburger Bürgerinnen und Bürger sind. Denn die Finanzbehörde berücksichtigt



Wer kann  
eigentlich  
12€ kalt an Miete  
aufbringen?

regelmäßig nur die höchsten Gebote der Investoren. Es wird schließlich Geld gebraucht, um die gigantischen Haushaltslöcher zu stopfen und die Leuchtturmprojekte von Schwarz-Grün zu finanzieren. Das wirkt sich aber selbstverständlich auf die zu erzielenden Mieten für den dabei entstehenden Wohnraum aus. Dabei klopfen sich speziell SPD und Grüne immer wieder selbst auf die Schulter, weil überhaupt Mietwohnungsbau bei den Investoren durchgesetzt wurde. Ob sich Normalverdiener dann die „normalen“ Mietpreise von 9,50-13,00 Euro pro Quadratmeter überhaupt leisten können, bleibt immer außen vor.

Dabei fehlt in Hamburg und natürlich gerade im Bezirk Mitte immer mehr bezahlbarer Wohnraum. Hamburg-Mitte hat den höchsten Anteil von Migrantinnen und Migranten und ebenfalls mit die höchste Anzahl von Arbeitslosen- sowie Hartz IV-Bezieherinnen und -Beziehern. Aber die Saga/GWG kommt ihrem Auftrag, sozialen Wohnungsbau zu betreiben, auch nicht mehr nach. Wohnungen, die zum größten Teil in den sechziger und siebziger Jahren gebaut wurden, fallen nun aus der Sozialbindung, und es wird angefangen, diese Wohnungen als Eigentumswohnungen zu vermarkten. Mit den erwirtschafteten Überschüssen wird dann die Haushaltskasse des Senates aufgefüllt. In den letzten Jahren wurden so jährlich regelmäßig um

die 100 Mio. Euro in die Hamburger Haushaltskasse gespült. In den innenstadtnahen Quartieren, die bisher noch erschwingliche Mieten boten, steigen so die Mieten wegen des großen Mangels an Wohnungen bedrohlich an.

Es würde also Zeit, dass die herkömmlichen Parteien ihre Strategie in Sachen Mietwohnungsbau überdenken. Aber man hält weiter an den Rezepten der Vergangenheit fest. Legt Lippenbekenntnisse ab, dass man die Gentrifizierung aufhalten, Investoren zum Mietwohnungsbau „zwingen“ will, und übersieht dabei geflissentlich, dass Investoren natürlich Geld verdienen müssen. Und davon möglichst viel, damit die Anlegerinnen und Anleger zufrieden gestellt werden.

Übersehen wird dabei von den Damen und Herren von CDUSPDGrünen ebenfalls, dass dieser Grund und Boden, den sie da so einfach meistbietend verkaufen, keineswegs ihr Eigentum ist. Vielmehr haben die Wählerinnen und Wähler ihnen den Auftrag gegeben, diese Werte zum Nutzen der Menschen in dieser Stadt zu verwalten. Dabei ist es immer wieder ärgerlich anzuschauen, wie versucht wird, Kritiker auszuschalten, und die Demokratie mit Füßen getreten wird. So werden Teile der Bewegung „Recht auf Stadt“ vom Verfassungsschutz bespitzelt. Die dem Senat angegliederte Bodenkommission setzt sich aus Politikern der Parteien zusammen. Nur Die LINKE hat hier bezeichnenderweise keinen Sitz.

Das Fazit für mich: Eigentlich müsste man in Zukunft gegen alle Bauvorhaben stimmen, für die öffentlicher Grund an Investoren verkauft werden soll. Egal, ob hier Mietwohnungsbau geplant wird oder nicht. Dem größten Teil der Bevölkerung kommt dies bei sinkenden Löhnen ja nicht zu Gute.

**Renate Hercher-Reis**, Abgeordnete aus Wilhelmsburg

Doppelrennbahn (vorerst) gestoppt

## **Wo laufen sie, wo laufen sie denn hin? Hoffentlich nie mehr nach Horn**

Nach ewigem Tauziehen ist es nun amtlich: Die geplante Doppelrennbahn in Horn für Traber und Galopper soll doch nicht gebaut werden. Die Bezirksfraktion Die LINKE begrüßt diese längst überfällige Entscheidung des Senats. Als einzige Fraktion in der Bezirksversammlung haben wir von Anfang an gegen das kostspielige Leuchtturmprojekt opponiert und dafür nur Unverständnis und Spott von den anderen Fraktionen geerntet. Umso erfreulicher ist es nun, dass wir mit unserer Position Recht bekommen haben. In Zeiten massiver Kürzungen im Sozial- und Bildungsbereich ist es aus unserer Sicht aberwitzig, um die 30 Millionen Euro in ein Prestigeobjekt zu investieren – so viel war ursprünglich anvisiert.

6 Doch wieviel hat der Senat bereits in das ambitionierte Projekt Doppelrennbahn investiert und wie geht es jetzt weiter? Aus der Beantwortung einer Kleinen Anfrage des Bürgerschaftsabgeordneten Joachim Bischoff (Drucksache 19/6758) erfuhren wir, welche Summen bisher für Planungen und Gutachten für die Doppelrennbahn ausgegeben wurden: Fast 530.000 Euro sind buchstäblich in den Sand des Geläufs gesetzt worden. Darüber, was mit den bereits in den Doppelhaushalt 2009/2010 eingestellten 30 Millionen Euro geschehen soll, schweigt die Behörde sich aus: „Der Senat hat sich hiermit noch nicht befasset“, heißt es kurz und knapp. In der Antwort



**Ein Park für  
die Menschen  
statt Millionen  
für die Zocker**

Foto:  
Heike Wokon

auf die genannte Anfrage heißt es zudem, das Horner Stadtteilhaus solle unabhängig von der Rennbahn noch im Jahr 2010 realisiert werden. Wir sind darüber hinaus der Ansicht, dass die Parkfläche auf dem Rennbahn-Terrain gezielt als Freizeit- und Erholungsfläche ausgebaut werden muss. Doch auch zu diesem Punkt äußert die Behörde sich nur knapp: Es gebe keine aktuellen Planungen für den Park und den Verkehr in Horn.

So leicht geben jedoch die Zocker und Pferdenarren nicht auf. Im Juli hat in Horn wieder ein Derby stattgefunden – teilfinanziert vom Kaffeeröster Albert Darboven, gefördert mit rund 400.000 Euro aus öffentlichen Töpfen. Der Vorsitzende des Hamburger Rennclubs, Eugen-Andreas Wahler, will weiterhin für die Doppelrennbahn und für Zuschüsse kämpfen: „Unser Wille ist unbändig“, sagte er gegenüber dem Abendblatt. Gleichzeitig fehlt es im Breitensport an allen Ecken und Enden. Schon jetzt drohen erste Sportplatzschließungen in Hamburg, da das Geld für Platzwarte

fehlt. Der „Sanierungsstau“ öffentlicher Sportanlagen beträgt alleine in Hamburg-Mitte circa 3 Millionen Euro – ein unhaltbarer Zustand. 7

Doch im Moment weiß niemand, welche Politik der Nachfolger, Reinhard Stuth, der zurückgetretenen Kultursenatorin Karin von Welck verfolgen wird. Die LINKE kämpft hinsichtlich der Verteilung der begrenzten Mittel für den Sport weiterhin auf Seiten des Breitensports. Statt hohe Summen in einzelne Events wie Derby oder Tennis zu investieren, soll der Senat endlich eine nachhaltige und auskömmliche Finanzierung des Breitensports sicherstellen.

Die ausführliche Position der LINKEN zur Doppelrennbahn in Horn finden Sie in der Broschüre: „Begrabt die Doppelrennbahn an der Kehre des Geläufs“ im Internet unter: [www.linksfraktion-hamburg-mitte.de](http://www.linksfraktion-hamburg-mitte.de).

**Sandra Clemens**, für Die LINKE im Regionalausschuss Horn/Hamm/Borgfelde

Rindermarkthalle St. Pauli

## **„Music Hall“ goes REAL?**

Auf St. Pauli gibt es neuerdings eine zu verplanende Fläche, ein schönes Kuchenstück: Am 31. Mai 2010 gab der Real-Markt in der ehemaligen Rindermarkthalle (Neuer Kamp 31) endgültig seinen Betrieb auf. Schon vor mehr als einem Jahr hatte Bezirksamtsleiter Markus Schreiber sich im Abendblatt für eine Konzerthalle für bis zu 4.000 Menschen auf dem Gelände ausgesprochen. Dafür hat er auf St. Pauli erhebliche Kritik geerntet. Daraufhin verteilte die Verwaltung in den Sanierungsbeiräten (Karoviertel und Wohlwillstraße) Beruhigungspillen: Noch sei ja nichts entschieden, und es werde eine intensive AnwohnerInnenbeteiligung in Form von Workshops bei der Neubepanung des Geländes geben. Monatelang hielt die Bezirksverwaltung Informationen zurück, obwohl Beiratsmitglieder immer wieder Auskünfte eingefordert hatten. Auf einer Sitzung des Sanierungsbeirats Karoviertel verwies laut Protokoll der Bezirksabgeordnete der GAL aus dem Karoviertel, Ingolf Goritz, lapidar auf die „St. Pauli Music Hall GmbH“, die nach seinen Erfahrungen sehr aufgeschlossen gegenüber Fragen sei. Sowohl das Bezirksamt als auch die Bezirkskoalition aus SPD und GAL haben immer wieder die Ergebnisoffenheit des Verfahrens beschworen, für das es keinerlei Vorfestlegungen und Vorabsprachen gegeben habe, und die Beteiligungsmöglichkeiten für ausreichend erklärt. Nachdem bei der ersten Vorstellung des Verfahrens lautstarke Kritik geäußert worden war, durfte mensch nur nach vorheriger namentlicher Anmeldung mit personenbezogenen Daten an den „öffentlichen“ Workshops teilnehmen. Zudem fanden die Workshops dienstagsvormittags statt, so dass ein Großteil der Interessierten nicht teilnehmen konnte.

Dieses „kooperative Gutachterverfahren“ wurde dann in Windeseile bis Juni 2010



Kann der  
Widerstand der  
Anwohner-  
Innen das  
REAL-Gelände  
vor der  
Eventisierung  
bewahren?

Foto:  
Markus Schnei-  
der-Johnen

durchgezogen. Versuche von AnwohnerInnen, die Konzerthalle in diesem Rahmen in Frage zu stellen, wurden im Ansatz erstickt, was auch nur folgerichtig war, schließlich war die „Music Hall“ integraler Bestandteil des Auftrags für die Gutachter. Außerdem war schon vorab sehr kleinteilig festgelegt worden, welchen Zwecken einzelne Flächen auf dem Areal zugeführt werden sollen: einem Nahversorgungsdiscounter, einer „St. Pauli-Markthalle“ (in Neudeutsch auch „Shopping-Mall“ genannt),

„kleinteiligem Einzelhandel“, neuen Gastronomiebetrieben, „Büroflächen für die Musik- und Kreativwirtschaft“, daneben unter anderem „speziellen Wohnformen“ – angedacht sind Wohnblocks für StudentInnen. Was daran „ergebnisoffen“ ist, das weiß allein die Verwaltung. In der konkreten Beplanung des alten Rindermarkts wird die Fortführung des Trends zur Eventisierung des Viertels klar erkennbar. Die Eventisierung befördert den weiteren Anstieg der Mietpreise und somit die Verdrängung und den Ausschluss derer, die sich weder die Mieten noch eine solche Eventkultur mit zu erwartenden hohen Eintrittspreisen leisten können. Dahingegen mindert dieser Trend die REALe Wohnqualität zusehends angesichts wachsender Menschenströme und immer mehr Lärm.

Einzelheiten der Planungen waren bereits vor dem Start des Verfahrens der Presse zu entnehmen. Klar ist also: Die Mitsprachemöglichkeit der AnwohnerInnen beschränkte sich auf Details, während die Planung im Grunde schon stand. Eine REALe AnwohnerInnenbeteiligung sieht anders aus! So sehen es auch die Menschen im Viertel, die zunächst binnen weniger Tage 800 Unterschriften gegen vollendete Tatsachen und für eine angemessene Beteiligung sammelten. Von SPD, GAL und CDU war jedoch kein Einlenken zugunsten einer Neu-Auslobung eines ergebnisoffenen und öffentlichen Ideenwettbewerbs erkennbar. Die Planung über die Köpfe der Betroffenen hinweg wurde fortgesetzt. Von daher verwundert es nicht, dass die Pseu-



do-Anhörung am 13.4., zu der die „Stadtplaner“ von SPD, GAL und CDU sowie der Verwaltung eingeladen hatten, von zahlreichen AnwohnerInnen boykottiert wurde. Dieser Boykott war weit mehr als ein Störmanöver von Krawalltouristen, Punkern, Autonomen und Betrunkenen, wie es das Abendblatt vermitteln wollte. Der Widerstand wurde und wird vielmehr von einer großen Anzahl an Menschen aus unterschiedlichen Bevölkerungsschichten getragen, die im Viertel leben und sich hier teils schon lange Zeit für den Erhalt von Lebensqualität und gegen die fortschreitende Kommerzialisierung engagieren.

Vor diesem Hintergrund ist der Widerstand authentisch, was inzwischen vielleicht sogar die GAL erkennt: Sie erhob im Juni plötzlich die Forderung nach einem ergebnisoffenen Verfahren, in dem es keine Vorfestlegung auf eine Konzerthalle gibt. Noch Ende Mai hatte die GAL im Ausschuss für Wohnen und soziale Stadtentwicklung für die Stellungnahme des Fachamts zu den Empfehlungen der Sanierungsbeiräte gestimmt. In dieser Stellungnahme heißt es: „Entgegen der Darstellung der Presse handelt es sich um ein ergebnisoffenes Verfahren.“ Nun bleibt abzuwarten, ob es sich bei dem vorgeblichen Sinneswandel der GAL nur um eine Nebelkerze handelt oder ob die Bezirkskoalition aus SPD und GAL ihre bisherige Fixierung auf die Befriedigung der Interessen der Musikwirtschaft doch noch aufgibt zugunsten einer Orientierung an den Bedürfnissen der BewohnerInnen St. Paulis.

**Markus Schneider-Johnen**, in den Ausschuss für Wohnen und soziale Stadtentwicklung zugewählter Einwohner St. Paulis

Biotope weichen „Umweltbehörde“

## **Umweltschutz in Wilhelmsburg: weiterhin Wildwest**

Dass unsere CDU/GAL-regierte Stadt den Naturschutz nicht wirklich ernst nimmt, zeigte sich wieder im März diesen Jahres. Im Bebauungsplan-Bereich Wilhelmsburg 89 (nördlich der Neuenfelder Straße) ließen die Behörden kurzerhand zwei gesetzlich geschützte Biotope vernichten. Anlass für die Fällungen sind die Neubauplanungen der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, kurz Umweltbehörde genannt. Damit verabschiedet sich die Umweltbehörde – mit maximal deutlicher Symbolkraft – vom Gedanken des Umweltschutzes: Sie lässt ihren eigenen Tempel auf den von ihr zu schützenden Flächen errichten. Die im Stadtteil von derselben Behörde geplanten neuen Autobahnen verdeutlichen dies ebenfalls.

Die Baumfällungen in den gesetzlich geschützten Biotopen – dem kleinen Teich an der Neuenfelder Straße und dem benachbarten Sumpfwald – waren ohne Rechts-



Platz da für  
die Umwelt-  
behörde!

Foto:  
Dennis Wokon

grundlage. Der betreffende Bebauungsplan hatte bis zum 1. März ausgelegen; zahlreiche Einwände aus der Bevölkerung waren eingegangen. Diese müssen zunächst abgearbeitet und berücksichtigt werden, bevor ein B-Plan gültig beschlossen (und dann auch beklagt) werden kann. Auf die Berücksichtigung der Einwände wurde jedoch zur Beschleunigung des Verfahrens verzichtet. Bezirksverwaltung und Fraktionen folgen in vorseilendem Gehorsam allein den Vorstellungen von BSU und IBA (die den Plan auch entwickelt hat). Die LINKE stimmte dem B-Plan in der Bezirksversammlung nicht zu.

Das Baugesetzbuch hat aus gutem Grund Planung und Interessensabwägung dem Bauen vorangestellt – hier wurde es einfach umgekehrt gehandhabt. Ohne Plan und ohne Baurecht hätte es keinen Grund zum Vernichten der Biotope geben dürfen. Das zu überwachen, ist aber Aufgabe der BSU, die es nach Gutdünken in eigenem Interesse auch anders handhaben kann: Sie genehmigt sich die Zerstörungen selbst.

Das neue Bundesnaturschutzgesetz verbietet Fällungen nach dem 28. Februar, und zwar ohne irgendwelche Übergangsvorschriften (nach altem Hamburger Recht waren Fällungen bis zum 14.3. möglich). Das Abarbeiten 'alter' Fällgenehmigungen im März verstieß also gegen Bundesrecht. Auch die Investorenschutzklausel (sie erlaubt jederzeit Fällungen, um wichtige Investitionen nicht zu gefährden) kann hier nicht greifen, weil es ja nicht einmal für das Vorhaben angepasstes Baurecht gab. Eine rechtskonforme Genehmigung zum Bäumefällen konnte es also aus meh-

renen Gründen nicht geben. Und noch mehr: Der geschützte Erlensumpfwald direkt südlich des Teichs zur Straße hin wurde einfach übersehen – und ist jetzt ebenfalls ohne Rechtsgrundlage vernichtet. Ausgleich? Fehlanzeige! Denn jetzt kann ja nicht mehr bewiesen werden, dass es ihn jemals gab.

Die Polizei stand auf Seiten der Fällungen, auch wenn sie nicht genehmigt waren. Am 22. Februar weigerte die Polizei sich etwa, ungenehmigte Fällungen an der Reichsstraße zu unterbinden – mit der Begründung, irgendwo läge eine Genehmigung vor. Das stellte sich im Nachhinein als erfunden heraus. Im Gegenzug erhielten Informationsspaziergänge durch das Gartenschaugelände ständigen Polizeibesuch. Merke: Illegale Fällungen werden geschützt; Leute, die das kritisch sehen, aber werden beobachtet.

In Wilhelmsburg geht derweil immer mehr Lebensqualität verloren. Lärm wird nicht mehr durch die Gehölze gedämpft, Staub nicht mehr aus der Luft gefiltert. Der Blick in die Natur, das Hören von Vogelgezwitscher tut Menschen gut. Die vom Oberbaudirektor hier gewollten Betonflächen tun das nicht. Hunderte von weiteren Fällungen stehen im „Investorenparadies“ Neue Wilhelmsburger Mitte für den nächsten Winter an. Aber es gibt immer mehr Menschen, die das nicht hinnehmen wollen. Siehe auch [www.buergerdialoge.de](http://www.buergerdialoge.de) und [aku-wilhelmsburg.blog.de](http://aku-wilhelmsburg.blog.de).

**Jörg v. Prondzinski**, parteilos, für Die LINKE im Sanierungsbeirat nördliches Reihertiegeviertel

Amt übt kreative Sprache

## **Gefällte Bäume „zurückgeschnitten“**

Wie in anderen Parks und Grünflächen in Hamm, Horn, Billstedt und Wilhelmsburg sehen sich auch Besucherinnen und Besucher des Hammer Parks derzeit damit konfrontiert, dass im Zuge von „Umgestaltungen“ Parkbäume gefällt werden.

So fällte man unter anderem eine Gruppe älterer Eiben an der Ostseite des Ententeiches. Ursprünglich hatte die Verwaltung dazu im Ausschuss für Verkehr und Umwelt mündlich vorgetragen, es solle ein Baum gefällt werden, da dieser durch Abbruch von in den Teich gefallenem Zweigen beschädigt worden sei. Als ich dann einige Wochen später den Park zur Bearbeitung verschiedener biologischer Fragestellungen aufsuchte, sah ich, dass alle alten Eiben an dem Teich komplett gefällt worden waren. Vor Ort waren dazu auf Nachfrage verschiedenste Begründungen zu hören: Es sei „ein Versehen“ der ausführenden Firma gewesen, da eigentlich nur ein Baum gefällt werden sollte, oder man habe alle Bäume gefällt, weil sich dahinter Unholde verstecken könnten, die Parkbesucher überfallen.

**Behördentempel und Autobahnen statt Natur – Wachsen mit Weitsicht?**



**Erfolgreicher  
Rückschnitt im  
Hammer Park**

**Foto:  
Rudolf Sergel**

Um zu klären, warum das Fachamt alle Eiben fällen ließ, stellte ich kürzlich eine parlamentarische Anfrage im Umweltausschuss der Bezirksversammlung. Auf die Frage, warum die ganze Gruppe der Eiben gefällt wurde, erklärte das Bezirksamt: „Im Zuge der Umsetzung des Grünordnungsplanes wurden die Bäume zurückgeschnitten.“ Das Amt übt somit offenbar eine kreative Sprache, da man jetzt die komplette Fällung eines Baumes als „Rückschnitt“ bezeichnet... Dass es sich jedoch in der Sache tatsächlich um eine Fällung handelte, gab das Amt dann allerdings im nächsten Satz selbst zu: Die Frage, ob für die Fällung eine Genehmigung vorlag, beantwortete das Amt mit „nein“, da das Fällen dieser Bäume „nicht genehmigungsbedürftig“ sei! Die Fällaktion stehe im Zusammenhang mit der derzeitigen Umgestaltung des Hammer Parks in Verbindung mit dem Grünordnungsplan (Drucksache Nummer 19/05/06).

**Nicht alle sind  
begeistert, Ver-  
änderungen im  
Hammer Park  
jetzt sichtbar**

Wie das Wochenblatt im Juni 2010 berichtete („Nicht alle sind begeistert, Veränderungen im Hammer Park jetzt sichtbar“), haben nicht alle Anwohnerinnen und Anwohner Verständnis dafür, dass Bäume angestrebten „Auflichtungen“, „Sichtachsen“, „Durchlichtungen“ und neuen Ein- und Zugängen zum Opfer fallen. Doch interessiert dieser Unmut die Planer und Ämter offensichtlich wenig. Die angebli-

che und vorgegebene „Bürgerbeteiligung“ bei den Umgestaltungen erweist sich somit vor allem als eines: eine Farce, die sich auch darin äußert, dass man jetzt Baumfällungen als „Rückschnitt“ deklariert...

Zurichtungen von Grünflächen und Parks durch Schlagen von Sichtschneisen finden seit einiger Zeit in größeren Ausmaßen, übrigens nicht nur in Hamburg, statt. Sie zielen auf eine soziale Kontrolle der Besucher ab und wohl auch auf eine Reduzierung der Unterhaltskosten öffentlicher Grünanlagen. Der Naturschutzbund Deutschland (BUND), der das ebenso mit Unverständnis zur Kenntnis nimmt wie viele Bürger – da durch solche Schneisen häufig ökologische Funktionseinheiten, aber auch Ruheräume zerschnitten werden – erklärte in einer Veröffentlichung über Gartenschauen dazu: „Ein neues Gespenst geht um – die Sichtachse“!

**Rudolf Sergel**, parteilos, für Die LINKE Mitglied des Ausschusses für Verkehr und Umwelt

## Der Ausschuss für Schule, Kita und Sport was macht der eigentlich?

„Im Bereich Bildung kann sich der Ausschuss über Veränderungen im Schulbereich oder Schulform etc. informieren. Aktuelle Themen sind zum Beispiel die Schulentwicklungskonferenzen und die Bildungsoffensive Elbinseln, die im Zuge der Internationalen Bauausstellung realisiert werden soll. Außerdem wird auf gute und ausreichende Sportangebote sowie auf eine ausreichende Kinderbetreuung in den Stadtteilen Wert gelegt. Mögliche Nachbesserungen sind dabei Bestandteil vieler Ausschussdiskussionen.“ (Offizielle Darstellung der Verwaltung)

In der Tat, in diesem Ausschuss erhalten wir sehr viele Informationen von Referenten, die über Sportprojekte im Bezirk, die „Bildungsoffensive Elbinseln“ oder über die geplante Vernetzung verschiedener Bildungsträger in Mitte berichten. Auch an den Regionalen Schulkonferenzen im Zusammenhang mit der mittlerweile gescheiterten Schulreform haben wir als Bezirksabgeordnete teilgenommen. An Information und Input mangelt es uns nicht. Auch nicht an Diskussionen. Doch mit den „möglichen Nachbesserungen durch vielerlei Anschlussdiskussionen“ ist es so eine Sache. Als es um die Erhöhung der Kitagebühren ging (siehe den folgenden Artikel zur Frühkindlichen Bildung), wollten wir solch eine „Nachbesserung“ bewirken: Wir wollten uns mit der Volkspetition des Landeselternausschusses solidarisch erklären und den Bezirksamtsleiter dazu auffordern, dass er sich für eine Abschaffung der Gebührenerhöhung stark machen möge. Als es um die Diskussion der Schulreform ging, wollten wir erwirken, dass diese auch in der Bezirksversammlung, also vor einer breiteren Öffentlichkeit, geführt wird. Bis-

14 her wurden wir im Ausschuss mit unseren Anträgen abgeschmettert. Oft kam die Begründung, Bildungspolitik sei doch Bürgerschaftssache. Auf Bezirksebene könnten wir doch nichts entscheiden. Tatsächlich können wir auf Bezirksebene keine Gesetze verabschieden. Wir können aber Appelle an die Bürgerschaft und den Senat richten, uns mit anderen Bezirken vernetzen und die Öffentlichkeit mit ins Boot holen. Das wären die „Nachbesserungen“, die wohl eigentlich in der Aufgabenbeschreibung gemeint, aber anscheinend doch nicht gewollt sind.

Viele  
Informationen  
und Debatten,  
wenig  
Gestaltungsmöglichkeiten

Der Ausschuss verfügt übrigens über kein eigenes Budget, es können also vom Ausschuss direkt keine Projekte gefördert werden. Es ist aber schon vorgekommen, dass über einen Antrag in der Bezirksversammlung Gelder bewilligt wurden, nachdem Referenten über ihre Arbeit im Ausschuss berichtet hatten. In diesem Jahr hat der Ausschuss zum ersten Mal einen Sportpreis für herausragende Projekte im Bereich „Ganzheitliche und gesundheitsfördernde Bewegung für Kinder und Jugendliche“ verliehen. Der erste Preis ging an ein Projekt aus Wilhelmsburg, das sich besonders an sozial benachteiligte Kinder richtet. Es wurden damit keine Einzelpersonen geehrt, sondern die gesamte Projektgruppe, die damit vorerst das Fortbestehen ihrer Arbeit sicherstellen kann. Längerfristig halten wir es allerdings für sinnvoller, den Etat für den Breitensport generell zu erhöhen, anstatt einzelne Events, wie das Derby in Horn, zu fördern (siehe auch den Artikel zur Horner Rennbahn).

Ach ja, auf gute und ausreichende Sportangebote legen wir selbstverständlich Wert, doch leider sehen wir uns oft damit konfrontiert, die Mängel zu verwalten. Probleme bei der Vergabe von Hallen- und Sportplatzzeiten oder die Verwahrlosung öffentlicher Sportanlagen – das sind Dauerbrenner im Ausschuss.

Der Ausschuss für Schule, Kita und Sport tagt übrigens öffentlich, in der Regel jeden letzten Montag im Monat um 18 Uhr im Sitzungssaal der Bezirksversammlung.

**Sandra Clemens**, für Die LINKE im Ausschuss für Schule, Kita und Sport

Kitas in Mitte

## **Frühkindliche Bildung – quo vadis?**

Kitagebührenerhöhung, Erhöhung der Essenspauschale, Verschiebung des Rechtsanspruchs auf einen Kita-Platz für Zweijährige und nun auch noch die gescheiterte Einführung der Primarschule – schwere Kost für die Kleinsten in unserer Stadt und ihre Eltern.

Im April 2010 plante Schwarz-Grün erhebliche Kürzungen im Bereich der Kinderbetreuung. Unter anderem sollen Eltern mit enormen Mehrkosten belastet werden. Als erste Maßnahme wurden ab Mitte Mai die Essenspreise in Kindertagesstätten und Hor-

ten erhöht. Ein Beispiel: Die Kosten für das Mittagessen steigen im Hort von 13 Euro auf 42 Euro monatlich, um mehr als 100 Prozent. Für Hartz-IV-Empfänger steigen diese Kosten im Hort von 13 auf 21 Euro. Eine Familie, die knapp über Hartz-IV-Satz lebt, zahlte früher 15 Euro für einen Hort plus 13 Euro für das Mittagessen (28 Euro). Seit Mai sind 15 Euro plus 42 Euro (57 Euro) fällig. Das macht auch für Mindestsatzzahler eine Steigerung der Gesamt-Beiträge um 104 Prozent. Skandalös ist zudem, dass Familien mit behinderten Kindern, die bisher den ermäßigten Satz zahlen mussten, nun den vollen Beitrag zahlen, wenn sie die Frühförderung für ihr behindertes Kind in Anspruch nehmen wollen. Sie müssen mit Erhöhungen von bis zu 750 Prozent rechnen! Auch die Verschiebung des Kita-Rechtsanspruches ab dem zweiten Lebensjahr stellt eine einschneidende Kürzung dar. Sie erschwert Frauen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und verhindert eine frühe Förderung der Kinder, die es zuhause nicht unbedingt leicht haben.

Diese massiven Einschnitte führten zu lautstarken Protesten der Eltern. Der Landeselternausschuss (LEA) reichte eine Petition gegen die Kürzungen ein und schaffte es auf 42.500 Unterschriften. Da wir diese Initiative unterstützen wollten, reichten wir im Mai einen Antrag in den Schul- und Kitausschuss ein, in dem wir den Bezirksamtsleiter Markus Schreiber aufforderten, sich gemeinsam mit seinen Amtskollegen aus den anderen Bezirken für eine Abschaffung der Gebührenerhöhung einzusetzen. (Bildung fängt in der Kita an – gegen Gebührenerhöhungen!) Dabei sind diese Forderungen alles andere als revolutionär. Es sei angemerkt, dass SPD-Abgeordnete auf ihren Internetseiten für eine Unterstützung der LEA-Petition aufriefen. Und die FDP hatte auf einem Landesparteitag den Beschluss gefasst, sich gegen die Kitagebührenerhöhung auszusprechen. Dennoch lehnten CDU, FDP, GAL und SPD im Ausschuss unseren Antrag ab. Die CDU stellte den Antrag auf Nichtbefassung, kam aber damit nicht durch. Der Vertreter der FDP gab zu verstehen, dass die Erhöhungen doch sozial gerecht und an die Einkommen der Eltern angepasst seien. Die GAL meinte, mit den Zahlen auf unserem Antrag (siehe oben) könne was nicht stimmen, das sei sachlich falsch und deshalb könnten sie dem Antrag nicht zustimmen. Wir ließen uns daraufhin die Zahlen vom LEA noch einmal bestätigen. Die Zahlen, die wir in unserem Antragstext nennen, stammen original aus dem Petitionstext vom LEA. In unserem Antrag äußerten wir bereits die Befürchtung, die Erhöhung der Kitagebühren könne sich negativ auf die Schulreform auswirken: „Es steht zu befürchten, dass die Ge-



Foto:  
babimu,  
Fotolia.com

- 16 bührenerhöhungen nicht wenige Eltern veranlassen werden, bei der Volksabstimmung über die Primarschule die Gelegenheit zu nutzen, dem Senat ‚einen Denkkzettel‘ zu erteilen. Insofern gefährdet der Senatsbeschluss den Erfolg der Volksabstimmung für die Primarschule.“ Leider ist es so gekommen, die Chance auf zwei Jahre mehr gemeinsamen Lernens und ein Quäntchen mehr Bildungsgerechtigkeit sind vertan.

Wenige Zeit nach ihrer Niederlage war dann im Hamburger Abendblatt zu lesen, dass GAL und CDU überlegen, die Kitagebührenerhöhungen zurückzunehmen. Als Stichtag der Gebührenerhöhung war ursprünglich der 24. August anvisiert. Doch ob diese Überlegung mit einem Ersten Bürgermeister Christoph Ahlhaus umgesetzt wird?

Die LINKE steht langfristig für eine gebührenfreie Bildung. Bildung darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Anstatt über Gebühren abzukassieren, sollten die Lasten über Steuern solidarisch auf alle verteilt werden.

**Sandra Clemens**, Abgeordnete aus Hamm für Die LINKE im Ausschuss für Schule, Kita und Sport

Wir lassen nicht locker

## **Hartz IV weiterhin Thema für Die LINKE**

Wir als Fraktion Die LINKE verstehen uns als Sprachrohr und Vertreter der Menschen, die durch die unseligen Hartz-IV-Gesetze ausgegrenzt werden und in Armut leben. Deshalb lassen wir nicht locker und stellen Anträge, die im Rahmen der bezirklichen Möglichkeiten dazu beitragen können, die Lebenssituation der betroffenen Menschen zu verbessern. Hier zwei aktuell gestellte Anträge.

### **Hinweis auf Beistand**

Das zehnte Sozialgesetzbuch – SGB X – sieht in seinem § 13 Abs. 4 für Verhandlungen und Besprechungen in sozialrechtlichen Belangen die Hinzuziehung eines Beistandes vor. Dieser von den Betroffenen frei zu wählende Beistand muss kein ausgewiesener fachgeschulter Experte sein und darf in aller Regel von Amts wegen nicht zurückgewiesen werden (Ausnahmen in §§ 13 Abs. 5 und 6 SGB X).

Nur ist dieser Sachverhalt kaum bekannt. Deshalb beantragten wir in der Bezirksversammlung am 17.6., dass in sämtlichen Jobcentern und Sozialämtern im Bezirk Hamburg-Mitte im Eingangsbereich für jedermann klar erkennbar Hinweisschilder anzubringen sind, die über die Möglichkeit der Hinzuziehung eines sozialrechtlichen Beistandes Auskunft geben. Auch eine Textvorlage lieferten wir gleich mit: „Als Kunde des Jobcenters bzw. Sozialamtes haben Sie Anspruch auf die Hinzuziehung eines sozialrechtlichen Beistandes (§ 13 Abs. 4 SGB X). Ein Beistand ist eine Person Ihres Vertrau-

**Erhöhung der  
Kita-Gebühren:  
Gezielter Quer-  
schnitt von Sozi-  
alsenator  
Wersich gegen  
die Primar-  
schule?**





Foto:  
Matthias Krüttgen

ens, die auch das Recht hat, in Ihrem Sinne zu sprechen. Machen Sie in Ihrem eigenen Interesse davon Gebrauch.“

Die Erfahrung mit der Hinzuziehung von Beiständen hat gezeigt, dass Beistände dazu beitragen, das Konfliktpotential zu entschärfen und möglicherweise auftretende Kommunikationsprobleme vereinfachen können. Auch wenn bislang vergleichsweise wenige Betroffene von der Hinzuziehung eines Beistandes Gebrauch machen, zeigen doch gerade diese Fälle, dass auch im Interesse eines zuverlässigen und reibungslosen Verwaltungshandelns alle Betroffenen auf diese Möglichkeit hingewiesen werden sollten.

### Anspruch auf Sonderleistungen

Das Bundesverfassungsgericht hat mit seinem Urteil vom 9.2.2010 (Az.: 1 BvL 1, 3 und 4/09) zu Hartz IV den von Hartz IV Betroffenen einen unmittelbar auf das Grundgesetz gestützten Anspruch auf Sonderbedarfsleistungen zugesprochen, um unumgänglich notwendige Ausgaben, die vom durchschnittlichen Bedarf abweichen, zu decken. Dazu gehören gem. einer Geschäftsanweisung der Bundesagentur für Arbeit (Geschäftszeichen: SP II - II -1303/7000/5215) u.a. nicht verschreibungspflichtige Arznei- und Heilmittel, Putz-/Haushaltshilfe für Rollstuhlfahrer, Kosten zur Wahrnehmung des Umgangsrechts, Nachhilfeunterricht.

Das Bundesverfassungsgericht hat dem Gesetzgeber aufgegeben, bis zum 31.12.2010 eine gesetzliche Regelung dazu im SGB II zu schaffen. Bis dahin kann der Anspruch auf Sonderbedarfe direkt auf das Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes gestützt werden.

Doch viel zu wenige Menschen kennen diese Regelungen und machen daher auch von ihrem Recht Gebrauch. Deshalb beantragten wir, dass alle in Hamburg nach dem

- 18 SGB II Hilfebedürftigen durch ein allgemeinverständliches Anschreiben mit einem beigefügten Antragsformular darüber aufgeklärt werden, dass sie in bestimmten Fällen zusätzliche Sonderbedarfsleistungen beantragen können.

### Ergebnis

Beide Anträge wurden gegen die Stimmen der CDU durch die Bezirksversammlung angenommen. Die CDU folgt damit einem unheilvollen Motto: Was der Mensch nicht weiß, kann er auch nicht beantragen, und das erspart uns Kosten. Diese Sichtweise ist zynisch und mit dem christlichen Gedanken der Nächstenliebe und Fürsorge, wie er auch im Namen dieser Partei Gestalt hat, nicht vereinbar.

Die Fraktion Die LINKE wird weiterhin für die Hartz IV-Betroffenen Partei ergreifen. Doch der Grundsatz bleibt: Hartz IV muss weg.

**Olaf Harms** (DKP), Mitglied der Fraktion Die LINKE

Die LINKE lehnt das Konzept der GAL/SPD Koalition ab

## Keine Trinkräume in Mitte:

**Ordnungspolitik  
ist keine Lösung  
für soziale  
Probleme**

Unter dem Titel »Öffentlichem Trinken innovativ begegnen – Trinkräume schaffen« beantragte die Regierungskoalition in Mitte, bestehend aus SPD und GAL, in Hamburg-Mitte so genannte Trinkräume einzurichten. In Blick hatte sie die Bereiche Berta-Kröger-Platz (Wilhelmsburg) und Legienstraße (Horn). Begründet wurde dieser Antrag mit möglichen negativen Begleiterscheinungen des Konsums größerer Alkoholmengen in Gruppen. Zu diesen Begleiterscheinungen zählten „alkoholisiertes Lärmen“ und „wildes Urinieren“. Passanten und Anwohner würden sich hierdurch sowie durch die bloße Anwesenheit solcher Gruppen vor Kiosken und Bahnhöfen gestört fühlen. Um dieses zu vermeiden, sollten sich die betroffenen Menschen also nun in eigens für sie geschaffenen Räumen treffen. Und wenn sie dieses nicht freiwillig machen, verweisen SPD und GAL auf den Bezirklichen Ordnungsdienst und andere gesetzliche Möglichkeiten, wie zum Beispiel Platzverweise. Ganz nach dem Motto: Was mich stört, muss weg – notfalls mit Gewalt.

Warum sich die Menschen treffen und Alkohol konsumieren, wie ihre vielschichtigen Problemlagen aussehen, die nicht selten aus der sozialen Spaltung der Stadt herrühren – solche Fragen wurden nicht gestellt. Allein die Schaffung von Trinkräumen sei ja schon eine Hilfestellung. Und damit müsse es dann auch genug sein.

Mit diesem Antrag haben SPD und GAL an unselige Zeiten des Schwarz-Schill-Senats erinnert. Denn der war es, der auf sozialpolitische Probleme ordnungspolitische Antworten fand. Das war selbst für die CDU zuviel.



Foto: ENA

Als Fraktion haben wir diesen Antrag abgelehnt. Wenn Menschen Hilfe benötigen, dann muss ihnen diese auch gewährt werden, sei es durch Straßensozialarbeit, sei es durch Beratung mit spezifischen Hilfsangeboten. Ein einfaches Verdrängen in Trinkräume hilft hier nicht. Zumal alle Fragen nach medizinischer Versorgung, Betreuungspersonal, Reinigung, Öffnungszeiten und last but not least entstehenden Kosten offen geblieben sind.

Die Fraktion Die LINKE wird auch weiterhin dabei bleiben: Das Recht auf Stadt darf keinem Menschen verwehrt werden. Statt Vertreibung sind da, wo benötigt, Hilfen anzubieten.

**Olaf Harms** (DKP), Mitglied der Fraktion Die LINKE

Global denken, regional handeln

## **Atomtransporte – nein danke**

Am 24. April 2010 bildete sich am Aktionstag gegen die Nutzung von Atomkraft zur Energiegewinnung zwischen den Atomkraftwerken Brunsbüttel und Krümmel und quer durch Hamburg eine Menschenkette mit 120.000 Menschen. Die Kette schaffte eine Entfernung von 120 Kilometern.

Im Vorwege hatten die Mitglieder der Fraktion Die LINKE in allen Regionalaus-schüssen (RA) von Hamburg-Mitte einen Antrag eingebracht. Schließlich sind alle Regionen in irgendeiner Form von den Transporten betroffen. In den vier Regionalaus-schüssen beantragte Die LINKE:

- sich mit den Veranstaltern dieser Menschenkettenaktion solidarisch zu erklären.
- den Hamburger Senat dazu aufzufordern, alle Transporte mit strahlenden Gütern über die Straße, die Schiene und das Wasser auf Hamburger Stadtgebiet auszusetzen.

**Unsere Forderung lautete:** Die Veranstalter der Menschenkette sollen vom Regionalausschuss moralisch unterstützt werden, indem sich der Ausschuss mit ihnen solidarisiert.

Die Tatsache, dass dieser gleichlautende Antrag in allen vier Regionalausschüssen am gleichen Abend behandelt wurde, sorgte dafür, dass die Regierungskoalition aus SPD und GAL zu unterschiedlichen Abstimmungsergebnissen kam. Das ärgerte sie so gewaltig, dass sie uns im Nachhinein zum Teil massive Vorwürfe machte. Hierzu sei angemerkt, dass die GAL in den neunziger Jahren sogar gleichlautende Anträge in alle Bezirksversammlungen Hamburgs eingebracht hat.

Die CDU war in ihrem Abstimmverhalten schon im Vorweg klar einzuordnen. Es gab nur die Ablehnung; natürlich in allen vier Regionalausschüssen. Der Antrag war ihr „zu politisch“ oder „reine Symbolpolitik“. Doch wie verhielten sich GAL und SPD?

Im RA Wilhelmsburg/Veddel wurde der Antrag von Rot-Grün komplett abgelehnt. Die Begründung der Ablehnung war wieder einmal sehr kurios: Die GAL argumentierte so: „Wir von der GAL machen bei der Menschenkette mit. Aber wir können uns ja schlecht mit uns selbst solidarisch erklären.“ Die GAL war aber nicht Mitveranstalter, sondern nur Teil der Menschenkette.



Foto:  
Matthias Krüttgen

Auf den zweiten Punkt des Antrages, gegen die Transporte mit strahlenden Gütern, ging die GAL gar nicht erst ein. Man hatte ja bereits den ersten Teil abgelehnt. Warum dann noch den zweiten Teil behandeln?

**Wir sind dafür  
und dagegen –  
aber das mit  
aller Kraft**

Die SPD gab lapidar bekannt, dass sie sich den Ausführungen der GAL anschließen. Am nächsten Abend gab es eine Sondersitzung des RA im Bürgerhaus Wilhelmsburg mit gut 800 bis 1000 Gästen. Aus dem Publikum wurde auch das Thema Atommülltransporte durch Wilhelmsburg und über die Veddel angesprochen. Herr Lübke von der SPD ärgerte sich in seinem Redebeitrag ganz fürchterlich über diese Transporte. Unser Kommentar: ein schönes Beispiel für die Doppelzüngigkeit der SPD-Argumentation.

Im Regionalausschuss Hamm/Horn/Borgfelde schafften wir es aufgrund der Feiertage und dadurch bedingte Abwesenheiten nicht, den Antrag so rechtzeitig an die Verwaltung zu senden, dass er mit in die Versickung kam. So gelangte er als Tischvorlage in den Ausschuss, worüber die SPD sich beklagte, obwohl sie selbst schon so manchen Antrag als Tischvorlage eingebracht hat. So begann die Diskussion mit der Frage nach dem Einreichen von Tischvorlagen, was der Sache nicht wirklich dienlich war. Da der Antrag jedoch dringlich war, der Tag der Menschenkette stand kurz bevor, rangen SPD und GAL sich durch, mit für den ersten Punkt zu stimmen. Den zweiten Punkt wollte dann aber keiner mit abstimmen, das ging ihnen doch zu weit.

In Finkenwerder lag der Antrag rechtzeitig vor: CDU und SPD hielten ihn für nicht diskutabel, dafür stimmten die beiden Vertreter der GAL mit uns für den Antrag. Der RA Billstedt nahm den ersten Punkt mit den Stimmen von SPD und GAL an. Auf die Verabschiedung des zweiten Punktes wollte sich dann allerdings keiner mehr einlassen. Er wurde stattdessen umgewandelt in einen neuen Punkt, der da lautete: „Die Bezirksversammlung wird um Bestätigung gebeten.“

Somit schaffte es der Antrag aus Billstedt als einziger in die Bezirksversammlung, die sich dann gegen die Stimmen der CDU und der FDP mit der Anti-Atomkette solidarisch erklärte.

Manfred Schubert, Bernhard Stietz-Leipnitz, Sandra Clemens

## Ruf zum Sport

*Auf, ihr steifen und verdorrten  
Leute aus Büros,  
Reißt euch mal zum Wintersport  
Von den Öfen los.  
Bleiches Volk an Wirtshaustischen,  
Stellt die Gläser fort.  
Widme dich dem freien, frischen,  
Frohen Wintersport.  
Denn er führt ins lodenfreie  
Gletscherfexlertum  
Und bedeckt uns nach der Reihe  
All mit Schnee und Ruhm.  
Doch nicht nur der Sport im Winter,  
Jeder Sport ist plus,  
Und mit etwas Geist dahinter  
Wird er zum Genuß.*

*Sport macht Schwache selbstbewußter,  
Dicke dünn, und macht  
Dünne hinterher robuster,  
Gleichsam über Nacht.  
Sport stärkt Arme, Rumpf und Beine,  
Kürzt die öde Zeit,  
Und er schützt uns durch Vereine  
Vor der Einsamkeit,  
Nimmt den Lungen die verbrauchte  
Luft, gibt Appetit;  
Was uns wieder ins verrauchte  
Treue Wirtshaus zieht.  
Wo man dann die sporttrainierten  
Muskeln trotzig hebt  
Und fortan in Illustrierten  
Blättern weiterlebt.*

Joachim Ringelnatz, 1883-1934

## Die LINKE in der Bezirksversammlung Hamburg-Mitte

### Bezirksfraktion

Bernhard Stietz-Leipnitz (Vors.)

### Mail/Telefon

stietz-leipnitz@linksfraktion-hamburg-mitte.de  
24 57 40

Christine Detamble-Voss (stv. Vors.)

christine.detamble-voss@linksfraktion-hamburg-mitte.de  
43 99 672

Sandra Clemens

sandra.clemens@linksfraktion-hamburg-mitte.de  
0175 740 79 09

Olaf Harms (DKP)

olaf\_harms@linksfraktion-hamburg-mitte.de  
28 57 69 08

Renate Hercher-Reis

renate.hercher-reis@linksfraktion-hamburg-mitte.de  
700 120 33

Ronald Wilken

RonaldC@linksfraktion-hamburg-mitte.de  
754 55 85

Tilman Rosenau (Geschäftsführer)

geschaeftsstelle@linksfraktion-hamburg-mitte.de  
28 57 69 08

Sie erreichen alle VertreterInnen der LINKEN über die Geschäftsstelle.

### Ausschüsse

#### Hauptausschuss

Bernhard Stietz-Leipnitz, Christine Detamble-Voss

#### Jugendhilfeausschuss

Christine Detamble-Voss, Yusuf Baskan

#### Stadtplanungsausschuss

Bernhard Stietz-Leipnitz, Manfred Schubert

Ständige Vertreterin: Renate Hercher-Reis

#### Bau- und Denkmalschutzausschuss

Ronald Wilken, Tony Schinkowski

Ständige Vertreter: Bernhard Stietz-Leipnitz, Markus Schneider-Johnen

#### Ausschuss für Haushalt, Kultur, regionale Wirtschaftsentwicklung

Renate Hercher-Reis, Olaf Harms

Ständige Vertreter: Tilman Rosenau, Bernhard Stietz-Leipnitz

#### Ausschuss für Verkehr und Umwelt

Ronald Wilken, Rudolf Sergel

Ständige Vertreterinnen Renate Hercher-Reis, Sophie Friese

#### Ausschuss für Wohnen und soziale Stadtentwicklung

Bernhard Stietz-Leipnitz, Markus Schneider-Johnen

Ständige Vertreterin: Sandra Clemens

#### Ausschuss für Soziales, Integration und Gesundheit

Christine Detamble-Voss (Vorsitzende), Olaf Harms

Ständige Vertreter: Manfred Schubert, Uwe Böhm

Auszeichnung links

### Ausschuss für Schule, Kita und Sport

Sandra Clemens, Volker Honold

Ständiger Vertreter: Olaf Harms

### Ausschuss für Management des öffentlichen Raumes (Zentralausschuss)

Christine Detamble-Voss, Steffen Leipnitz

### Regionalausschuss Finkenwerder (und Waltershof)

Bernhard Stietz-Leipnitz, Kerstin Fremder-Sauerbeck

Ständiger Vertreter: Christian Sauerbeck

### Unterausschuss Bau des Regionalausschusses Finkenwerder

Kerstin Fremder-Sauerbeck, Vertreter: Christian Sauerbeck

### Regionalausschuss Wilhelmsburg/Veddel

Ronald Wilken, Christine Wolfram

Ständige Vertreter: Manfred Schubert, Stefan Dührkop

### Unterausschuss Bau des Regionalausschusses Wilhelmsburg/Veddel

Renate Hercher-Reis (Vorsitzende)

Vertreter: Manfred Schubert

### Regionalausschuss Billstedt/Mümmelmannsberg

Renate Hercher-Reis, Uwe Böhm

Ständige Vertreter: Willi Mittelstedt, Britta Everding

### Unterausschuss Bau des Regionalausschusses Billstedt/Mümmelmannsberg

Wolfgang Strauß

### Regionalausschuss Horn/Hamm/Borgfelde

Sandra Clemens, Marion Fisch

Ständige Vertreterin: Heike Wokon

### Unterausschuss Bau des Regionalausschusses Horn/Hamm/Borgfelde

Tony Schinkowski

### Beteiligungsgremien

Sanierungsbeirat Billstedt/Mümmelmannsberg Uwe Böhm

Forumsbeirat Billstedt/Horn Willi Mittelstedt

Quartiersbeirat Osterbrookviertel Marion Fisch

Stadtteilrat für Rothenburgsort Bernhard Stietz-Leipnitz

Stadtteilbeirat St. Georg Mitte Bernhard Stietz-Leipnitz; Vertretung: Berno Schuckart

Quartiersbeirat Münzviertel Bernhard Stietz-Leipnitz; Vertretung: Steffen Leipnitz

Sanierungsbeirat St. Pauli-Nord S 3 Karolinenviertel Ost Marut Perle; Vertretung: Beate Rau

Sanierungsbeirat St. Pauli S 5 Wohlwillstraße Holger Knorr; Vertretung: Verena Brachvogel

Beirat Spielbudenplatz Holger Knorr

Stadtteilrat Veddel Stefan Dührkop, Vertretung: Helmut Stein

Sanierungsbeirat Wilhelmsburg S 5 Südl. Reiherstiegviertel Jörg von Prondzinski

Sanierungsbeirat Wilhelmsburg S6/Berta-Kröger-Platz Christine Wolfram

Beirat für Stadtteilentwicklung Wilhelmsburg Manfred Schubert

Lärmbeirat/Eurogate Finkenwerder Kerstin Fremder-Sauerbeck

Kontakt:

Bezirksfraktion DIE LINKE. Hamburg-Mitte

Borgfelder Straße 83

20537 Hamburg

Tel.: (040) 285 769 08

Fax: (040) 285 769 09

[fraktion@linksfraktion-hamburg-mitte.de](mailto:fraktion@linksfraktion-hamburg-mitte.de)

**DIE LINKE.**

**Fraktion in der  
Bezirksversammlung HH-Mitte**

MITTLINKS ist eine Broschüre der Bezirksfraktion Die LINKE in Hamburg Mitte.

V.i.S.d.P.: Sandra Clemens und Bernhard Stietz-Leipnitz

September 2010, Auflage: 1000

Satz und Layout: drucktechnik

Fotobearbeitung: Matthias Krüttgen

Die Broschüre wird kostenlos abgegeben.